

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
04. Januar 2012
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Maßnahmenpaket für eine stadtteilverträgliche Babelsberger Livenacht
Vorlage: 10/SVV/0543
(Gruppe) Die Andere
 - 3.2 Sozial gerechte Bodennutzung
Vorlage: 11/SVV/0796
Fraktion SPD
 - 3.3 Potsdam entwickelt Grundstücke selbst!
Vorlage: 11/SVV/0799
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 3.4 Leitlinie Grundstücksverkäufe
Vorlage: 11/SVV/0889
Oberbürgermeister, Servicebereich Recht und Grundstücksmanagement
 - 3.5 Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe
Vorlage: 10/SVV/1054
Fraktion DIE LINKE
 - 3.6 Beteiligungskonzept Gartenstadt Drewitz
Vorlage: 11/SVV/0857
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
 - 3.7 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH
Vorlage: 11/SVV/0912
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
 - 3.8 Variantenuntersuchung zur Zukunft der Schwimmbadversorgung in Potsdam
Vorlage: 11/SVV/0942
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
 - 3.9 Sanierung Schwimmhalle plus Neubau Kiezbad
Vorlage: 11/SVV/0914
Fraktion DIE LINKE

- 3.10 Geschäftsführung SWP
Vorlage: 11/SVV/0929
Fraktion DIE LINKE

- 3.11 Sicherung preiswerter Mieten in der Pasteurstr. 23 a-c
Vorlage: 11/SVV/0968
Fraktion Die Andere

- 4 Überplanmäßige/r Aufwand/Auszahlung für Mehraufwand für Strom für
Straßenbeleuchtung im Haushaltsjahr 2011
Vorlage: 12/SVV/0003
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- 5 Mitteilungen der Verwaltung

- 5.1 Jahresbericht 2010 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt
Vorlage: 11/SVV/0806
Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte

- 5.2 Sachstand zur Turnhalle der Griebnitzsee-Schule
aus HA 21.12. – Sonstiges

- 5.3 Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"
Vorlage: 11/SVV/0960
Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und
Umweltschutz

- 5.4 Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010
(Wohnungsmarktbericht 2010)
Vorlage: 11/SVV/0878
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

- 5.5 Information über den Stand der Vorbereitungen für das Stadtwerkefest 2012

- 5.6 Prüfung des Standortes Michendorfer Chaussee für eine Betreuungseinrichtung
für Tiere
Vorlage: 12/SVV/0054
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 04. Januar 2012**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er vor, diese auf Grund des um 19:00 Uhr beginnenden Handballspiels in der neu eröffneten MBS-Halle einzukürzen und nur die Punkte:

- 3.7 - Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH, DS 11/SVV/0912
- 4 - Überplanmäßige/r Aufwand/Auszahlung für Mehraufwand für Strom für Straßenbeleuchtung im Haushaltsjahr 2011, DS 12/SVV/0003
- 5.5 - Information über den Stand der Vorbereitungen für das Stadtwerkefest 2012
- 5.6 - Prüfung des Standortes Michendorfer Chaussee für eine Betreuungseinrichtung für Tiere, DS 12/SVV/0054 und die
- Mitteilung zur Umsetzung des Hauptausschussbeschlusses 11/SVV/0976 vom 21.12.2011 - als TOP 5.7

zu behandeln.

Alle anderen Tagesordnungspunkte sollen in der Sitzung des Hauptausschusses am 29. Februar 2012 behandelt werden, da in der Sitzung am 08. Februar bereits der Haushalt und die städtischen Beteiligungen beraten werden sollen.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen bestätigt.

Bezug nehmend auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie mit dem angekündigten Antrag der Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zur Streichung des Punktes „Sonstiges“ umzugehen sei, antwortet Herr Schubert. Den Fraktionen gehe es nicht um eine generelle Streichung, sondern darum, die unter diesem Punkt zu behandelnden Themen entsprechend der Hauptsatzung 3 Tage vorher bekannt zu machen.

Darüber, so Herr Dr. Scharfenberg, werde man reden müssen, aber die Frist sollte auch für diesen Antrag gelten, der zwar in der Presse angekündigt, aber den Fraktionen nicht vorgelegen habe und der auch nicht veröffentlicht wurde.

Herr Kirsch spricht sich dafür aus, diesen Tagesordnungspunkt zu belassen, da dies das einzige Forum sei, um zwischen zwei Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung bestimmte Dinge anzusprechen.

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, dieses Thema in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Hauptausschusses aufzunehmen und diesen bis dahin so beizubehalten, erhebt sich kein Widerspruch. Er bitte jedoch, darunter kein neues „Fass“ aufzumachen, was dann – wie in der letzten Hauptausschusssitzung – mal eben eine Stunde Zeit koste.

Im Weiteren mahnt Herr Dr. Scharfenberg die Einladung und das Rederecht für Sportvereine zum Thema Sponsoring an sowie die Einladung von Herrn Prof. Dorgerloh zum Thema Parkeintritt. Letzteres wurde in der Novembersitzung des Hauptausschusses zugesagt und für den Februar avisiert. Wenn das noch eine Wirkung haben solle, bevor der Stiftungsrat entscheide, bleibe dafür nicht viel

Zeit.

Der Oberbürgermeister sagt eine Einladung für den 29. Februar 2012 zu.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 63. Sitzung des Hauptausschusses vom 04. Januar 2012 verweist der Oberbürgermeister auf das dazu ausgereichte Austauschblatt der Seite 13. Im Weiteren informiert er über die Bitte von Frau Bankwitz, auf der Seite 12 – Tagesordnungspunkt „Sonstiges“, den 3. Absatz wie folgt zu ergänzen:

„Auf Bitte von Frau Bankwitz sagt Frau Dr. Magdowski zu, diese Kostenaufstellung an alle Fraktionen auszureichen.“

Die Niederschrift wird unter Berücksichtigung dieser Hinweise mit 13 Ja-Stimmen, bei drei Stimmenthaltungen bestätigt.

Die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Kreisausschusses Potsdam-Mittelmark und des Hauptausschusses wird in der nächsten Hauptausschusssitzung zur Abstimmung gestellt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Maßnahmenpaket für eine stadtteilverträgliche Babelsberger Livenacht

Vorlage: 10/SVV/0543

(Gruppe) Die Andere

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 3.2 Sozial gerechte Bodennutzung

Vorlage: 11/SVV/0796

Fraktion SPD

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 3.3 Potsdam entwickelt Grundstücke selbst!

Vorlage: 11/SVV/0799

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 3.4 Leitlinie Grundstücksverkäufe

Vorlage: 11/SVV/0889

Oberbürgermeister, Servicebereich Recht und Grundstücksmanagement

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 3.5 Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe

Vorlage: 10/SVV/1054

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 3.6 Beteiligungskonzept Gartenstadt Drewitz

Vorlage: 11/SVV/0857

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 3.7 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH

Vorlage: 11/SVV/0912

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Dr. Scharfenberg merkt kritisch an, dass aus den Änderungen des Gesellschaftsvertrages nicht ersichtlich sei, auf wessen Vorschlag die Gesellschaft den Geschäftsführer bestelle. Er bemängelt im Weiteren, die im § 9 Abs. 5 vorgeschlagene Regelung, dass bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden entscheide. Er schlägt vor, dies zu ändern in: „bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt“.

Herr Exner entgegnet, dass man das so oder so machen könne und die Frage sei, wie man ein „Patt“ auflöse. Die gewählte Regelung sei auch in anderen Gesellschaftsverträgen zu finden – nicht nur denen der Stadt Potsdam. Eine Empfehlung für die Bestellung eines Geschäftsführers sei auf jeden Fall möglich.

Herr v. d. Osten gen. Sacken empfiehlt, im § 8 Abs. 2 Buchstabe die Zahl der Mitglieder wie in anderen Gesellschaften auch auf insgesamt 9 zu erhöhen und im Buchstaben c) die Zahl von drei auf sieben dementsprechend anzupassen.

Die Hinweise, den § 10 im Abs. 2 entsprechend dem GmbH-Recht zu gestalten, übernimmt die Verwaltung und Herr Exner wird diesen entsprechend anpassen.

In der sich anschließenden Abstimmung wird

- die Streichung der Formulierung im § 9 Abs. 5, dass bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden entscheide, mit 10 Ja-Stimmen, bei 4 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen **angenommen**.
- die Erhöhung der Anzahl der von der Stadtverordnetenversammlung zu entsendenden Mitglieder im § 8 Abs. 2 Buchstabe c) von drei auf sieben, wird mit 15 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **angenommen**.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

zu 3.8 Variantenuntersuchung zur Zukunft der Schwimmbadversorgung in Potsdam

Vorlage: 11/SVV/0942

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 3.9 Sanierung Schwimmhalle plus Neubau Kiezbad

Vorlage: 11/SVV/0914

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 3.10 Geschäftsführung SWP

Vorlage: 11/SVV/0929

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 3.11 Sicherung preiswerter Mieten in der Pasteurstr. 23 a-c

Vorlage: 11/SVV/0968

Fraktion Die Andere

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 4 Überplanmäßige/r Aufwand/Auszahlung für Mehraufwand für Strom für Straßenbeleuchtung im Haushaltsjahr 2011

Vorlage: 12/SVV/0003

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Klipp bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Bewilligung überplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen im Produkt 54100 (Gemeindestraßen) im Haushaltsjahr 2011 in einer Höhe von 268.074,01 EUR .

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Jahresbericht 2010 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt

Vorlage: 11/SVV/0806

Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 5.2 Sachstand zur Turnhalle der Griebnitzsee-Schule
aus HA 21.12. – Sonstiges

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 5.3 Erarbeitung eines Konzeptes "Erschwingliche Mieten für alle"
Vorlage: 11/SVV/0960
Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und
Umweltschutz

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 5.4 Information über den Wohnungsmarkt der Landeshauptstadt Potsdam 2010
(Wohnungsmarktbericht 2010)
Vorlage: 11/SVV/0878
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

zurückgestellt – Beratung in der Hauptausschusssitzung am 29. Februar 2012.

zu 5.5 Information über den Stand der Vorbereitungen für das Stadtwerkefest 2012

Herr Böhme, Geschäftsführer der Stadtwerke Potsdam, informiert eingangs über die Ergebnisse einer unter 1000 Einwohnern im November/Dezember vergangenen Jahres telefonisch durchgeführten repräsentativen Umfrage. Diese Umfrage sei durch das Institut mindline energy durchgeführt worden, welches auf Grund von Referenz und Preis ausgewählt worden sei. Die Ergebnisse der Umfrage werden an Hand einer Power-Point-Präsentation vorgestellt und erläutert. Im Ergebnis habe sich die Mehrheit der Befragten für die Weiterführung des Stadtwerkefestes ausgesprochen, allerdings etwas kleiner als bisher. Abgefragt worden seien auch die präferierten Musikrichtungen, Wünsche nach bestimmten Künstlern und Anregungen.

Im Weiteren stellt Herr Böhme die Terminkette des für den 29.06. – 01.07.2012 geplanten Festes und den Programmablauf vor. Auf Grund der Umfrageergebnisse bleibe es dabei, dass am Freitag mit einem klassischen Konzert begonnen wird und der Samstag für Rock und Pop vorgesehen sei. Der Sonntag bleibe der Familientag, allerdings dezenter mit einem Programm in der „SWP-Erlebniswelt“. Der Kostenplan für Gagen, Technik, Werbung, Sicherheit, Künstlerbetreuung etc. (ohne Eigenleistungen) gehen von 800.000 Euro aus.

Herr Schubert bedankt sich für die umfangreichen Informationen, die Verbindlichkeit und die Offenheit der Ausführungen. Ebenso sei die Ausrichtung auf ein Familienfest hervorzuheben und das „ruhige Auslaufen“ des Festes am Sonntag. Er finde, dass man das so ohne Probleme durchführen könne.

Im Ergebnis einigen sich die Mitglieder darauf, dass der Hauptausschuss dem Aufsichtsrat empfehle, auf Grundlage der Planungen und der vorgetragenen Informationen, dem Vorhaben zuzustimmen.

zu 5.6 Prüfung des Standortes Michendorfer Chaussee für eine Betreuungseinrichtung für Tiere

Vorlage: 12/SVV/0054

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Frau Müller-Preinesberger bringt die Vorlage ein und weist auf Grundlage der Anfragen zur Preisgestaltung für dieses Gelände darauf hin, dass unabhängig davon eine öffentliche Ausschreibung notwendig sei. Im Weiteren erläutert Herr Goetzmann die planungsrechtlichen Rahmenbedingungen und die Bedingungen, unter denen eine Änderung der Planungsziele des B-Planes Nr. 32 und Verhandlungen mit der überwiegenden Grundstückseigentümerin PEG (Projektentwicklungsgesellschaft mbH & Co.KG) notwendig sind. Ebenso erläutert werden Fragen der Erschließung des in Rede stehenden Grundstücks, Beeinträchtigungen des Vorderliegergrundstückes und des Verkehrswertes.

Herr Dr. Scharfenberg informiert über die Besichtigung des Geländes am vergangenen Freitag und die Feststellung, dass dieses Grundstück hervorragend für ein Tierheim geeignet sei. Er sei verwundert, dass dieses Gelände so lange brach gelegen habe und sich die Stadt etwaige Einnahmen entgehen lasse. Auf dem Gelände gebe es Baulichkeiten, wo sicher eine Prüfung bezüglich deren Nutzbarkeit erfolgen müsse – auch der das Grundstück umgebende Wald sei nicht in Frage zu stellen. Außerdem sei der Standort SAGO-Gelände ein Vorschlag der Verwaltung gewesen, der nun wieder in Frage gestellt werde. Potsdam sei der einzige Ort ohne ein Tierheim, was seiner Auffassung nach besondere Energien verlange. Sicher sei im Zusammenhang mit dem SAGO-Gelände immer von einer Vorhaltefläche gesprochen worden, aber die Fläche für das Tierheim gehöre nicht dazu, so dass man die Entscheidung nun in eigener Verantwortung und zeitnah treffen könne – zumal es ein eindeutiges Votum des Hauptausschusses dazu gegeben habe.

Herr Frerichs nimmt in seinen Ausführungen Bezug auf die in der Öffentlichkeit kritisierte Haltung der Potsdamer Wirtschaftsförderung und betont, dass er dabei bleibe, dass das Vorhaben aus Sicht der Wirtschaftsförderung falsch sei.

Herr Schultheiß betont, dass es schwierig sei, eine Entscheidung zu treffen, da es bei allen Standorten Kritik gegeben habe.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Verwaltung entsprechend des Auftrags des Hauptausschusses die Daten für das favorisierte Grundstück aufbereitet habe. Natürlich „gehe“ dieser Standort, aber das nur unter bestimmten Bedingungen und man müsse das wollen. In der Landeshauptstadt gebe es kein Grundstück, was „so einfach“ zur Verfügung gestellt werden könne – ausgenommen Fahrland, aber das habe die Stadtverordnetenversammlung abgelehnt. Potsdam müsse kein Tierheim bauen, denn es gebe eine funktionierende Fundtierbetreuung. Wenn es aber der Stadtverordnetenversammlung wichtig sei, ein Tierheim zu haben, dann werde die Verwaltung sich danach richten – was aber entsprechende Kosten verursache.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass die von der Verwaltung vorgelegte Vorlage zum Standort in Fahrland die Proteste der Bürger hervorgerufen habe – aber auch mit dieser Variante wäre der städtische Haushalt über Jahre belastet worden. Die Stadtverordnetenversammlung war mehrheitlich der Meinung, die Stadt Potsdam solle ein Tierheim haben, deshalb seine Bitte und Frage, wie innerhalb kürzester Zeit die notwendigen Abstimmungen mit der PEG und die Anpassung der Planungsziele erfolgen könne, um die notwendigen Vorläufe zu schaffen.

Herr Goetzmann betont nachdrücklich, dass die aus Sicht der Verwaltung vorgeschlagenen Planverfahren, die zugunsten dieses Vorhabens zurückgestellt werden könnten, nicht zwingend seien, da die Stadtverordneten über die seit 2000 fortgeschriebene Prioritätenliste entscheide. Nur zusätzlich zu den beschlossenen Planverfahren könne das SAGO-Gelände nicht bearbeitet werden.

Anschließend erläutert Frau Müller-Preinesberger nochmals das einzuhaltende Verfahren, die notwendige Ausschreibung und die Kosten des Kaufpreises bzw. der Erbbaupachtsumme. Unter dem Gesichtspunkt einer **möglichen zukünftigen Nutzung als Tierheim (für den Fall, dass ein zukünftiger Betreiber im Rahmen einer Ausschreibung den Zuschlag für die Fund- und Verwahrtierbetreuung der LHP erhalten sollte)**, lenkt sie die Aufmerksamkeit auf die Höhe der zukünftigen laufenden Kosten, die die Betreiberkosten beinhalten würden. Damit sei explizit nicht ausgesagt, dass die LHP sich an den Investitionskosten für ein Tierheim beteiligen werde. Auf Anregung von Herrn Kirsch sagt der Oberbürgermeister zu, die Verkehrswertermittlung aufzunehmen und mögliche Einflüsse auf die Nachbargrundstücke zu prüfen. Das werde auf den Weg gebracht und Kontakt mit der PEG aufgenommen, um zu klären welche Verwertungsabsichten für das SAGO-Gelände bestehen. Danach müsse man sich neu verständigen.

Auf Anregung von Herrn Kirsch sagt der Oberbürgermeister zu, die Verkehrswertermittlung aufzunehmen und mögliche Einflüsse auf die Nachbargrundstücke zu prüfen. Das werde auf den Weg gebracht und Kontakt mit der PEG aufgenommen, um zu klären, welche Verwertungsabsichten für das SAGO-Gelände bestehen. Danach müsse man sich neu verständigen.

neu **Mitteilung zur Umsetzung des Beschlusses vom 21.09.2011
DS: 11/SVV/0976 - Geschäfte von Aufsichtsratsmitgliedern mit den
städtischen Gesellschaften**

Herr Kümmel führt aus, dass Herr Schultheiß um eine Mitteilung zur Umsetzung des Hauptausschussbeschlusses 11/SVV/0976 vom 21.12.2011 gebeten hat, mit dem der Oberbürgermeister beauftragt wurde, noch vor der Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern für städtische Gesellschaften dem Hauptausschuss zu berichten, welche Stadtverordnete als Aufsichtsratsmitglieder für sich selbst, ihre Unternehmen oder für Angehörige in den vergangenen drei Jahren mit städtischen Gesellschaften oder deren Tochter- bzw. Enkelunternehmen Dienst- oder Werkverträge abgeschlossen haben.

Dies sei durch die Verwaltung bei den Unternehmen abgefragt worden, die dafür in Frage kommen. Alle Unternehmen hätten eine Fehlmeldung abgegeben. Die Übersicht der befragten Unternehmen wird ausgereicht, der Niederschrift als Anlage beigefügt und in das RIS eingestellt.

Herr Schultheiß betont, dass ihm damit ein „Stein vom Herzen fiele“ und somit die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder leichter falle. Er bedankt sich bei den Mitarbeitern der Verwaltung für diese Zuarbeit.

zu 6 **Sonstiges**

keine Wortmeldungen



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister



NIEDERSCHRIFT

über die gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses der Landeshauptstadt Potsdam und des Kreisausschusses des Landkreises Potsdam-Mittelmark am 08.12.2011

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 19:43 Uhr

Sitzungsort: Landratsamt Potsdam-Mittelmark, Sitzungssaal
Niemöllerstr. 1
14806 Bad Belzig

Teilnehmende Personen:

Kreisausschusses des Landkreises Potsdam-Mittelmark

Name	Fraktion/ Funktion Stimmberechtigung	Anwesenheit Bemerkung
Melior, Susanne	SPD - Fraktion / Ausschussmitglied ja	anwesend
Dr. Grochtmann, Andrea	SPD - Fraktion / Ausschussmitglied ja	vertreten durch Lindicke, Joachim
Lindicke, Joachim	SPD - Fraktion / stellv. Ausschussmitglied ja	anwesend in Vertretung von Dr. Grochtmann, Andrea
Eberhardt, Katrin	SPD - Fraktion / Ausschussmitglied ja	anwesend
Burkardt, Ludwig	CDU - Fraktion / Ausschussvorsitzender ja	anwesend
Werner, Rudolf	CDU - Fraktion / Ausschussmitglied ja	anwesend
Enser, Gerhard	CDU - Fraktion / Ausschussmitglied ja	vertreten durch Wigand, Erhard
Wigand, Erhard	CDU - Fraktion / stellv. Ausschussmitglied nein	anwesend
Menz, Kathrin	Fraktion DIE LINKE. / Ausschussmitglied	anwesend

	ja	
Singer, Thomas	Fraktion DIE LINKE. / Ausschussmitglied ja	anwesend
Preuß, Wolfgang	Freie Bürger und Bauern / Ausschussmitglied ja	vertreten Naujoks, Uwe
Naujoks, Uwe	Freie Bürger und Bauern / stellv. Ausschussmitglied nein	anwesend
Hüller, Heiko	Fraktion FDP/BiK-BIT / Ausschussmitglied ja	entschuldigt
Dr. Franke, Herbert	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN / Ausschussmitglied ja	anwesend
Blasig, Wolfgang	/ Landrat ja	anwesend
Koch, Lothar	SPD - Fraktion / Kreistagsvorsitzender nein	anwesend
Breitenfeld, Erika	/ FD 01 Büro des Landrates, Kreistagsbüro, Schriftführerin nein	anwesend
Hurtig, Hans-Georg	/ Fachbereichsleiter FB 3 – Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz nein	anwesend
Kreutner, Michael	/ Fachbereichsleiter FB 4 – Recht, Bauen, Vermessung und Kataster nein	anwesend
Kümpel, Kerstin	/ Leiterin Büro des Landrates nein	anwesend
Köppen, André	/ Fachbereichsleiter FB 1 – Innerer Service und Zentrale Steuerung, Kämmerer nein	anwesend
Metzler, Andrea	/ Pressesprecherin nein	anwesend
Rudolph, Bodo	/ Fachdienstleiter 53 - Kinder / Jugend / Familie nein	anwesend
Schade, Bernd	/ Geschäftsführer MAIA - Jobcenter nein	anwesend
Schafföner, Jörg	/ Fachdienstleiter 21 - Zulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde nein	anwesend
Schulz, Thomas	/ Fachbereichsleiter FB 5 – Soziales, Jugend, Schule und Gesundheit nein	anwesend
Stein, Christian	/ 1. Beigeordneter nein	anwesend

Zur Tagesordnung und zum Ablauf dieser Sitzung verwies **Herr Burkardt** auf die in der Einladung vorgeschlagene Tagesordnung, zu der es keine Änderungsanträge gab, so dass danach verfahren werde:

1. Gegenseitige Vorstellung / Arbeitsweise und Funktion der Ausschüsse
2. Bestehende Felder der Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und dem Landkreis Potsdam-Mittelmark
3. Zukünftige Themen der Zusammenarbeit
4. Diskussion
5. Ausklang mit Imbiss

TOP 1.

Gegenseitige Vorstellung / Arbeitsweise und Funktion der Ausschüsse

Die Mitglieder des Kreisausschusses sowie die leitenden Verwaltungsmitarbeiter des Landkreises PM und die Mitglieder des Hauptausschusses sowie die leitenden Verwaltungsmitarbeiter der Landeshauptstadt Potsdam stellten sich kurz vor.

Zur Arbeitsweise und Funktion des Hauptausschusses informierte **Herr Jakobs**:

- Beratungen finden 14-tägig statt
- der Hauptausschuss hat 15 Mitglieder plus den Oberbürgermeister als Vorsitzenden
- nimmt die koordinierende Funktion wahr, trägt die Beratungsergebnisse aus den Ausschüssen zusammen und leitet sie mit einem entsprechenden Votum der Standverordnetenversammlung (StVV) zu
- ist auch zuständig für alle grundsätzlichen Fragen, die neben den Beschlüssen der StVV notwendig sind
- ist Verbindungsglied zwischen Verwaltung, StVV und Ausschüssen
- ist der richtige Ausschuss für die Beratung der künftigen Zusammenarbeit und sollte sich regelmäßig mit diesen Fragen beschäftigen.

Zur Arbeitsweise und Funktion des Kreisausschusses informierte **Herr Burkardt**:

- Funktion unterscheidet sich etwas von der des Hauptausschusses bedingt dadurch, dass Potsdam eine kreisfreie Stadt ist (die Aufgaben der Gemeinden liegen nicht in der Kompetenz des Landkreises, woraus sich auch eine geringere Sitzungsintensität ergebe)
- Beratungen erfolgen fünf bis sechs Mal im Jahr und dauern zwischen 25 und 45 Minuten (Diskussionen, die grundsätzlich im Kreistag geführt werden, finden nicht im Kreisausschuss statt, Vorbereitung des Kreistages erfolgt überwiegend in den Ausschüssen mit verwertbaren Ergebnissen für den Kreistag)
- 11 Ausschussmitglieder plus Landrat als stimmberechtigtes Mitglied, Kreistagsvorsitzender ist beratendes Mitglied
- Landkreis ist u. a. zuständig im Bereich der Schulen für Förderschulen und weiterführende Schulen sowie Berufsschulen, für die Abfallentsorgung durch die kreiseigene Gesellschaft, für den Bereich Soziales (ab 01.01.2012 Optionskreis)
- Kreisausschuss ist beschließendes Gremium für
 - . die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte ...
 - . die Aufnahme von Krediten (in den letzten drei Jahren keine Kredite aufgenommen)
 - . Geschäfte über Vermögensgegenstände des Landkreises, soweit sie bestimmte Wertgrenzen nicht übersteigen
 - . den Erlass von Forderungen des Landkreises ab einer bestimmten Summe
 - . den Abschluss von Verträgen des Landkreises mit Mitgliedern des Kreistages oder seiner Ausschüsse oder mit Bediensteten des Landkreises ...
 - . den Abschluss von Verträgen innerhalb bestimmter Wertgrenzen
 - . die Genehmigung von Nebentätigkeiten des Landrates.

TOP 2.**Bestehende Felder der Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und dem Landkreis Potsdam-Mittelmark**

Bisher werde auf den Feldern der Adoption, der Kfz-Zulassung und der Landwirtschaft zusammengearbeitet.

Frau Dr. Maiwald, Bereichsleiterin Zentrale Fachaufgaben / Arbeitsgruppenleiterin Adoption und Tagespflege der Landeshauptstadt Potsdam, berichtete über die Arbeit in der gemeinsamen Adoptionsstelle. Sie brachte zum Ausdruck, dass im Jahr 2002 ein neues Adoptionsvermittlungsgesetz in Kraft getreten ist und der Adoptionsvermittlungsstelle neue Aufgaben zugewiesen wurden. Darauf hin haben sich die Jugendämter der Landkreise TF, HVL, PM und der Stadt Potsdam zusammengetan und einen öffentlich-rechtlichen Vertrag für die Einrichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle mit Sitz in Potsdam abgeschlossen, um alle anfallenden Aufgaben realisieren zu können. In dem öffentlich-rechtlichen Vertrag wurden auch die Aufgaben für die einzelnen Landkreise festgelegt und die Finanzierung geregelt. Die Kosten liegen für PM bei 61 T€ in diesem Jahr, für Potsdam sind sie etwas geringer. Die Darstellung der Fallzahlen für die einzelnen Landkreise, die Übersicht über die Anzahl der Vermittlungen sowie die Benennung der Vorteile der Gemeinschaftsarbeit liegen der Niederschrift als Anlage bei. Abschließend schätzte Frau Dr. Maiwald ein, dass eine gute Zusammenarbeit mit allen vier Gebietskörperschaften in der Adoptionsvermittlungsstelle bestehe, die nur Vorteile für alle bringe.

Es gab seitens der Ausschussmitglieder keine Nachfragen.

An Hand einer Powerpointpräsentation informierten **Frau Kluge**, Fachbereichsleiterin Ordnung und Sicherheit der Landeshauptstadt Potsdam, und **Herr Schafföner**, Leiter des FD Zulassungs- und Facherlaubnisbehörde des Landkreises PM, über die Ergebnisse der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kfz-Zulassung. Frau Kluge berichtete, dass auch auf diesem Gebiet der Fortschritt einziehe. PM und Potsdam seien im Land Brandenburg Vorreiter bei der Einführung von Online-Diensten. So können bereits Wunschkennzeichen im Internet reserviert werden und zukünftig sollen auch die normalen Kennzeichen wahlweise in einer der beiden Zulassungsbehörden für beide Zuständigkeitsbereiche vergeben werden können. In PM kann der Bürger seinen PKW bereits über das Bürgermodul zulassen (nur Datenvorerfassung), in Potsdam bald den Termin für einen Besuch in der Zulassungsstelle buchen. Sie schätzte ein, dass die Zusammenarbeit gut sei und ausgebaut werde. In der Fachanwendung arbeitet der Landkreis wie auch die Stadt Potsdam mit dem gleichen Programm, so dass im Laufe des Jahres 2012 eine „Erweiterte Zuständigkeit“ zwischen den Zulassungsstellen hergestellt werden könnte. Dem Bürger wäre es dann möglich, für die Zulassung seines Autos die Zulassungsstelle zu wählen, die für ihn am Nächsten liegt. Es würde auch möglich werden, sich z. B. in Krankheitsfällen gegenseitig zu vertreten.

Von Seiten der Ausschussmitglieder gab es keine Nachfragen.

Zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Landwirtschaft berichtete **Herr Hurttig**, Fachbereichsleiter Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Landkreises, dass im Einzugsbereich der Stadt Potsdam 33 Landwirtschaftsbetriebe existieren, für die der Landkreis die gesamte Bandbreite an Aufgaben personell und materiell erledige. Dafür wurde 1995 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Übernahme der Aufgaben auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Förderung und Produktion unterzeichnet und durch die Stadtverordnetenversammlung und den Kreistag beschlossen. Diese Vereinbarung wurde 2004 überarbeitet und an die Bedingungen der letzten GAP-Reform und der Gemeindegebietsänderung angepasst. Diese Entscheidung bewähre sich schon viele Jahre. Die Landwirte der Stadt kontaktieren die Verwaltung zu bestimmten Angelegenheiten, Schwerpunkt ist die Agrarförderung. Um dies ortsnah zu gewährleisten, werden am Sitz Werder der Kreisverwaltung regelmäßig Sprechstunden angeboten. Die sachbezogene Zusammenarbeit wurde intensiviert und verlaufe weitgehend reibungslos. Im gemeinsamen Focus aller Aktivitäten stehe der Erhalt und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Unternehmen in beiden Zuständigkeitsbereichen. Hier leiste auch der Kreisbauernverband PM als Interessenvertreter der Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag. Davon zeuge auch die letzten gemeinsame Bereisung von Landwirtschaftsbetrieben im Raum Potsdam mit dem Landrat und dem Oberbürgermeister.

Nachfragen gab es dazu keine.

Herr Burkardt dankte den Mitarbeitern für ihre Ausführungen und beendete den Tagesordnungspunkt.

TOP 3.

Zukünftige Themen der Zusammenarbeit

Herr Blasig, Landrat des Landkreises PM, brachte zum Ausdruck, dass er sich zukünftig in folgenden Bereichen eine Zusammenarbeit vorstellen könnte:

1. Einrichtung eines gemeinsamen Rechnungsprüfungsamtes
Vorstellbar sei dies über eine Organisationsstruktur Zweckverband. So bestünde die Möglichkeit, die dann größere Anzahl von Mitarbeitern besser zu spezialisieren; insbesondere im Hinblick auf das doppische Haushaltswesen erscheine dies dringend notwendig. Dies sei ein sehr ehrgeiziges Ziel und nach seiner Auffassung zunächst nur mit zwei Gebietskörperschaften realisierbar. Später könnten weitere Gebietskörperschaften aufgenommen werden.
2. Bereich der Korruptionsprävention
Hier wäre es möglich, gemeinsame Schulungen durchzuführen, um die Mitarbeiter beider Verwaltungen zu sensibilisieren; aber auch der gezielte Austausch von erfolgreichen Präventionsmaßnahmen sei vorstellbar.
3. Wirtschaftsförderung
Eine Zusammenarbeit bestehe hier noch so gut wie gar nicht. Es sollte versucht werden, Handlungsfelder zu erschließen. Denkbar wären gemeinsame Ansiedlungsrunden, um Unternehmen in die Region zu ziehen, aber auch gemeinsame Messebesuche, wie z. B. die Expo-Real in München.
4. Tourismus
Derzeit gibt es noch keine vernetzten Angebote. Die Zusammenarbeit ist allein schon wegen der gemeinsamen Lage und z. B. in Vorbereitung des Deutschen Wandertages 2012 dringend erforderlich. Die Landeshauptstadt Potsdam und auch Berlin werden von dieser Veranstaltung profitieren.
5. Gebietsüberschreitender ÖPNV
Hier wurden die Vorstellungen ausgetauscht, die gegenwärtig noch weit auseinander liegen. Im nächsten Halbjahr wäre nach Auffassung des Landrates aber eine Annäherung zur Zufriedenheit beider Gebietskörperschaften möglich.

Zu den aufgezeigten Feldern der möglichen Zusammenarbeit bemerkte **Herr Jakobs**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam, dass diese bereits im Vorfeld besprochen waren. Für ihn sei wichtig, sich Felder vorzunehmen, auf denen man in der Zusammenarbeit auch Erfolg hat. Dringender Gesprächsbedarf bestehe bei dem **ÖPNV**, aber auch bei der Verkehrsentwicklung in den nächsten Jahren, insbesondere zum **Stadtentwicklungskonzept „Verkehr“** der Landeshauptstadt Potsdam.

Weitere wichtige Themen wären die **Netzverknüpfung**, aber auch die **Abfallwirtschaft**, wobei der Versuch eines gemeinsamen Anlaufs zwar gescheitert sei, aber beide Seiten auch lernen, kleine Schritte zu gehen.

Zum **gemeinsamen Rechnungsprüfungsamt** bemerkte Herr Jakobs, dass dies durchaus sinnvoll sein könnte. Auch er plädierte dafür, diese Zusammenarbeit zunächst auf den Landkreis und die Landeshauptstadt zu beschränken. Er empfahl gleichzeitig, mögliche Rechtskonstruktionen zu prüfen. Bei der **Wirtschaftsförderung** sah auch er die Notwendigkeit, nach außen ein Wirtschaftsprofil zu entwickeln und zu vertreten. Die Expo-Real in München wäre eine gute Basis, um klare abgestimmte Botschaften zu versenden. Ganz besonders wichtig war für ihn die Strategie des Landes, **regionale Wachstumskerne** zu fördern. Hier sollten Gespräche hinsichtlich gemeinsamer Wirtschaftsförderkonzepte erfolgen.

Zum Thema **Tourismus** bemerkte er, dass bereits eine Tourismus-GmbH gegründet wurde, aus der der Landkreis PM dann ausgestiegen ist, weil die finanziellen Notwendigkeiten durch ihn nicht aufgebracht werden konnten und die Gesellschaft somit in die Insolvenz geführt wurde.

Herr Jakobs betonte, dass der Tourismus an den Stadtgrenzen nicht halt mache und viele wichtige touristische Ziele nach außen kommuniziert werden könnten, so dass eine intensivere Zusammenarbeit sinnvoll sei. Auch hier seien gemeinsame Messeauftritte von großer Bedeutung, Vermarktung sei aber auch teuer und müsse finanziell so untersetzt werden, so dass am Ende auch entsprechende Effekte erzielt würden. So bestehen z. B. konkrete Verträge und Verabredungen der Stadt Potsdam mit Schwielowsee, Werder und Groß Kreutz zur Vermarktung einer einheitlichen Wasserregion.

Abschließend plädierte Herr Jakobs dafür, sich gegenseitig Erfolge zu bereiten, aber auch keine Themen auszuklammern.

Durch **Herrn Burkardt**, Vorsitzender des Kreisausschusses, wurde auf die Inbetriebnahme des neuen Flughafens BER verwiesen. Er vertrat den Standpunkt, auch dieses Thema in den Focus der Zusammenarbeit zu rücken.

Als erfolgreiches Beispiel der bisherigen Zusammenarbeit über die Schwierigkeiten der Gemeindegebietsreform hinweg führte **Herr Jakobs** den Bau des GO IN in Golm an. Er berichtete über die gemeisterten Probleme und betonte, dass diese gemeinsame Gesellschaft inzwischen eines der erfolgreichsten Technologiezentren im Land Brandenburg sei und bereits Gespräche hinsichtlich eines Erweiterungsbaus stattgefunden haben. Hier erfolgte nach seiner Auffassung eine verantwortungsvolle Zusammenarbeit, die auf jeden Fall fortgesetzt werden sollte.

TOP 4.

Diskussion

Herr Dr. Scharfenberg, DIE LINKE, schätzte ein, dass sich diese gemeinsame Sitzung jetzt schon mit der kommunizierten guten Zusammenarbeit gelohnt habe und darüber nachgedacht werden sollte, was noch alles möglich ist. Allein die Frage der Ansiedlungspolitik sei für beide Gebietskörperschaften ein lohnenswertes Thema, weil beide attraktive Ansiedlungsgebiete sind, was auch für beide von Vorteil sein kann. Potsdam sei ein ausgeprägter Wissenschaftsstandort, wovon auch der Landkreis profitieren könnte. Dieses Potential werde seiner Auffassung nach noch ungenügend genutzt. Hinsichtlich der Investitionspolitik verwies er auf das Vorhaben der Stadt Potsdam, ein Bad zu bauen, was auch die Stadt Werder wenige Meter vor der Kreisgrenze vorhabe, so dass man sich auch hier gemeinsam Gedanken machen sollte, wie diese Investitionen zum Vorteil für beide Regionen platziert werde.

Bezug nehmend auf den Ehrenamtspass wäre es ebenfalls gut, dies zum gegenseitigen Vorteil zu vernetzen.

Frau Melior, SPD, brachte zum Ausdruck, dass es in der Region eine Wissenschaftslandschaft gebe, die nicht an Stadt- bzw. Kreisgrenzen halt mache. Sie betonte, dass die Institute erwarten, dass Voraussetzungen geschaffen werde, dass Wissenschaft sich in Ausgründung niederschlage und wirtschaftlich interessant werde. Hier könnten große Erfolge erzielt werden. Zum GO IN bemerkte sie, dass damals eine richtige Entscheidung getroffen wurde, Werder mit Sicherheit im Einzugsbereich für das GO IN liege und auch Teltow und Bergholz-Rehbrücke dazu gehören, so dass ein wichtiges Betätigungsfeld vorhanden sei.

Durch **Herrn Lindicke, SPD**, wurden Ausführungen zum Thema Landwirtschaft und Gartenbau gemacht. Er wies darauf hin, dass sich das Land aus bestimmten Aufgaben zurückziehe. So werde es zukünftig kaum noch Forschung im Bereich der Tier- und Obstproduktion geben, so dass Lösungen gefunden werden müssen, um bestimmte Standorte marktfähig zu erhalten.

Weiterhin machte er darauf aufmerksam, dass viele landwirtschaftliche Betriebe mit den Witterungsbedingungen zu kämpfen haben. Auch hier sei seiner Meinung nach eine kompetente Zusammenarbeit mit der Stadt Potsdam erforderlich.

Aus den Ausführungen des Vorsitzenden des Kreistages PM **Herrn Koch, SPD**, wurde deutlich, dass es sehr wichtig sei, die Zusammenarbeit zu verbessern. Aus seiner Sicht war es womöglich ein Fehler, seinerzeit die Vertretungen nicht frühzeitig mit einbezogen zu haben, um auf die Verwaltungen

einen politischen Druck auszuüben. Es habe sich gezeigt, dass die Zusammenarbeit auf fachlicher Ebene funktioniere, so dass in kleinen erfolgreichen Schritten weitergemacht werden sollte.

Als Mitglied im Kuratorium des Johanniter-Krankenhauses berichtete Herr Koch, dass die Finanzierung der gesamten Krankenhauslandschaft immer schwieriger werde. Er schätzte ein, dass bei der Veräußerung des Kreiskrankenhauses damals nicht nur hätte ausgeschrieben werden dürfen, sondern Überlegungen hätten angestellt werden müssen, wie die Gesundheitsversorgung in einer Region besser zu organisieren sei. Dieses Versäumnis nachzuholen, werde sich schwierig gestalten. Abschließend betonte er, dass es die richtige Idee sei, die politische Zusammenkunft zu organisieren und die Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten.

Der Landrat **Herr Blasig** vertrat den Standpunkt, dass eine Kooperation in Wirtschaftsförderung und Tourismus mit Ressourcen verbunden und dem Landkreis sehr wohl bewusst sei, dass es finanzieller Aufwendungen bedarf. Er erklärte, dass der Landkreis die notwendigen Beteiligungen über einen längeren Zeitraum aufbringen werde.

Weiterhin berichtete der Landrat, dass der Landkreis an der Aufstellung eines Leitbildes für das Jahr 2022 arbeite. In diesem Prozess wurde festgestellt, dass auch Verwaltung sich einer rasant ändernden Welt anpassen müsse. Insofern werde auch die Verwaltung eines Landkreises trotz gewisser gesetzlicher Zwänge in Zukunft Moderator und Couch für die kreisangehörigen Kommunen sein und gleichwertiger Ansprechpartner (zumindest im Selbstverständnis einer Verwaltung) mit einer kreisfreien Landeshauptstadt.

Nach Auffassung von **Herrn Singer, DIE LINKE**, werde eine erfolgreiche Zusammenarbeit nur erreicht, wenn die Erfolge von der Bevölkerung wahrgenommen werden können. Ein Thema, das die Bevölkerung sehr schnell wahrnehme, ist z. B. der ÖPNV. Er warnte davor, lediglich das Umland von Potsdam zu betrachten und dabei den ländlichen Raum aus den Augen zu verlieren.

Herr Jakobs, OB, plädierte dafür, für die weitere Zusammenarbeit konkrete Vereinbarungen zu treffen. Er schlug vor:

- Zum Thema **Zusammenlegung der Rechnungsprüfungsämter** bzw. Findung einer neuen Organisationsform sollte sich eine Projektgruppe bilden und ein konkretes Arbeitsprogramm entwickeln, was den Ausschüssen vorgelegt werden sollte.
- Die Themen **Wirtschaftsförderung und Tourismus** sollten gekoppelt werden (in der Verwaltung der Landeshauptstadt auch zusammengehörig), um insbesondere die Tourismuswerbung besser auf einander abzustimmen. Dafür müssten die notwendigen Maßnahmen in ein Konzept gegossen und die Finanzierung im ersten Halbjahr 2012 geklärt werden.
- **Auf der Expo-Real in München sollten sich die Regionen gemeinsam präsentieren.** Ein entsprechendes Konzept könnte bereits jetzt erarbeitet und der nicht unerhebliche Finanzierungsbedarf geklärt werden.
- Im nächsten Jahr soll das **Stadtentwicklungskonzept „Verkehr“** präsentiert werden, hier ist vor Beginn der Diskussion eine Abstimmung unter den Verwaltungen erforderlich.
- Wissenschafts- und Technologietransfer
Wichtig sei, dass der Landkreis auch in der **Initiative „Pro Wissen“** mitarbeite und der Landrat zur nächsten Vorstandssitzung eingeladen werde.
- **Offener Workshop zum Thema Badbau**
Eine Einladung wird an die Stadt Werder und auch an den Landkreis ergehen, um Vorschläge, Bedenken, Anregungen und Empfehlungen in den Prozess der Meinungsbildung mit einzubeziehen.
- **Krankenhausversorgung** ist ein Thema, zu dem sich die Fachleute noch einmal zusammensetzen und darüber beraten sollten. Hier gebe es bereits eine sehr enge Kooperation, jedoch seien Überlegungen zur Intensivierung ratsam. Das Verhältnis der unterschiedlichen Träger habe sich deutlich entkrampft. Er wolle sich über den aktuellen Stand informieren lassen und die Notwendigkeit politischer Beschlüsse prüfen. Diese Problematik sollte beim nächsten Treffen der beiden Gremien noch einmal beraten werden.

Herr Blasig, Landrat, sprach sich ebenfalls dafür aus, innerhalb des nächsten Jahres eine weitere gemeinsame Beratung durchzuführen, um dann aus Sicht der Hauptverwaltungsbeamten über die Ergebnisse zu berichten. Hinsichtlich der Zusammenlegung der Rechnungsprüfungsämter äußerte er sich optimistisch, hier sehr schnell mit den Beratungen zu beginnen. Die Verabredungen zur Wirtschafts- und Tourismusförderung würden von Seiten des Landkreises vorbereitet. Er war sich sicher, dass zu drei der vier Themenkreise in einem Jahr deutliche Ergebnisse präsentiert werden können.

Herr Jakobs, OB und Vorsitzender des Hauptausschusses, erklärte, dass er zur nächsten gemeinsamen Beratung nach Potsdam einladen werde, aber nicht zu sehr zum Jahresende hin.

TOP 5.

Ausklang mit Imbiss

Herr Burkardt, Vorsitzender des Kreisausschusses, schätzte ein, dass die Veranstaltung sehr erfolgreich verlaufen sei und in einem Jahr über einige Ergebnisse berichtet werden könne. Zur nächsten Beratung bemerkte er, dass sie nach der Expo-Real in München stattfinden sollte.

Er beendete um 19.43 Uhr den offiziellen Teil der gemeinsamen Sitzung und lud alle Anwesenden zu einem kleinen Imbiss ein, um sich noch auszutauschen und gegenseitig kennen zu lernen. Herr Burkardt wünschte allen einen guten Nachhauseweg, ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.

Bad Belzig, 14.12.2011

Ludwig Burkardt
Vorsitzender des
Kreisausschusses

Jann Jakobs
Oberbürgermeister
Vorsitzender des
Hauptausschusses

Gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle

der Landeshauptstadt Potsdam und
der Landkreise Potsdam-Mittelmark,
Havelland und Teltow-Fläming

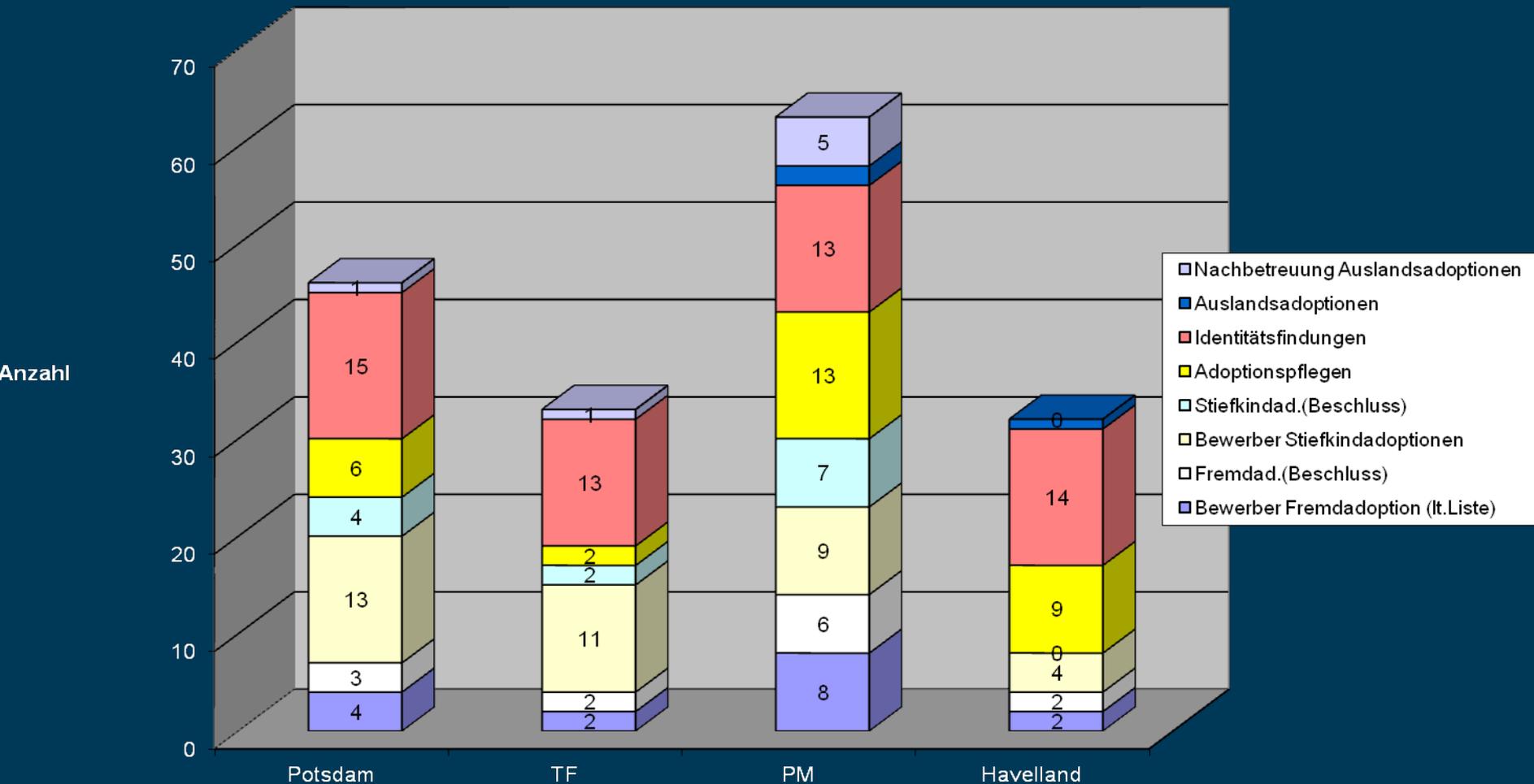
Aufgaben nach Neufassung des AdVermiG

- Beratung von abgebenden Eltern
- Überprüfung von Bewerbern
- Vermittlung
- Begleitung der Vermittlung
- Beteiligung an Auslandsvermittlung
- Beratung und Begleitung nach erfolgter Adoption
- Identitätsfindungen (Suche nach leiblichen Verwandten)

Gesamtentwicklung Fallzahlen



Fallzahlverteilung 2011



Vermittlungen bis 2011

	P	PM	TF	HVL	andere JÄ
Vermittlung nach	34	72	29	32	3
Herkunft von	51	9	23	39	39
Auslands- adoptionen	7	16	4	4	
insgesamt : 161 erfolgreiche Adoptionsvermittlungen					

Vorteile der Gemeinschaftsarbeit

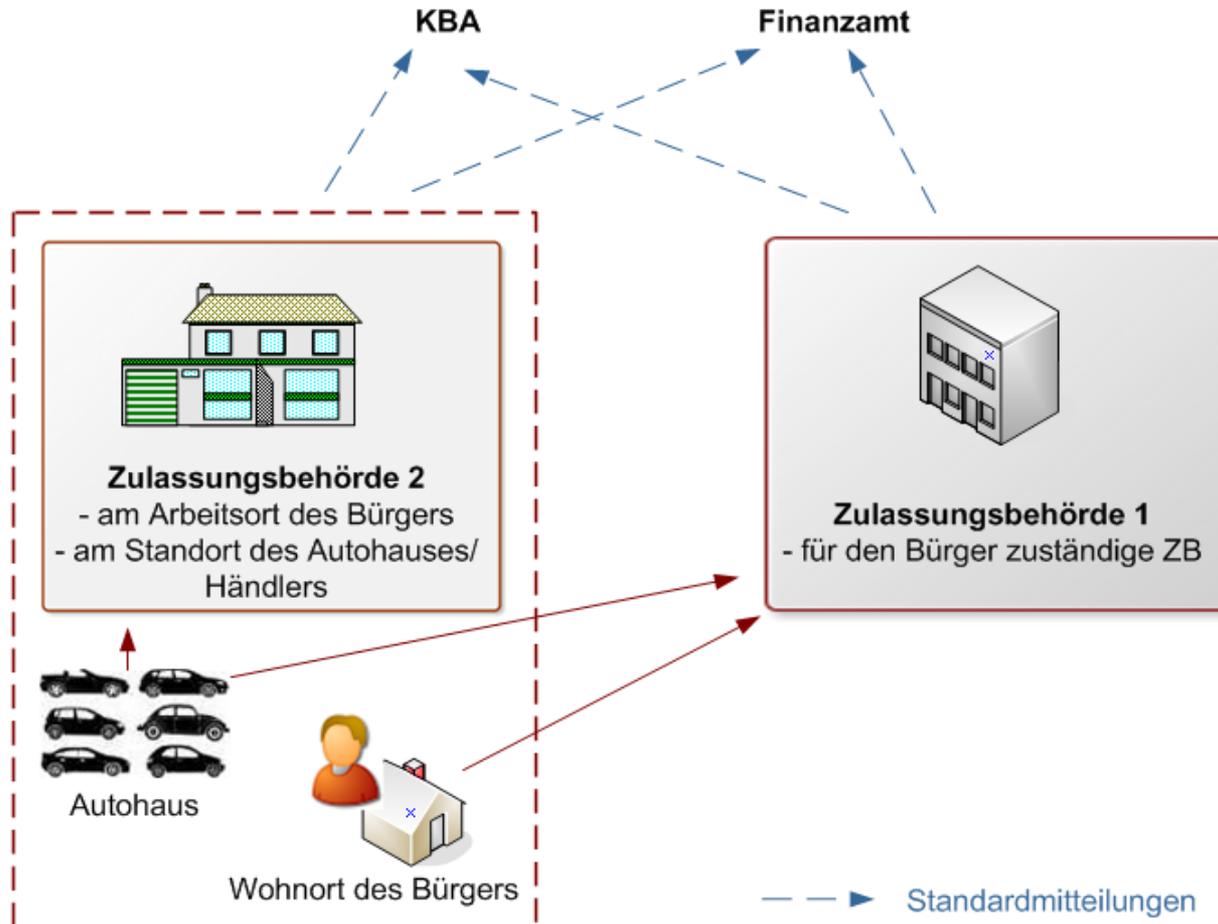
- effektivere Organisation
- Bürgerorientierung
- Verbesserung der Qualität fachlicher Arbeit
- Region als gemeinsamer Sozialraum

Vielen Dank
für die Aufmerksamkeit !



Erweiterte Zuständigkeit

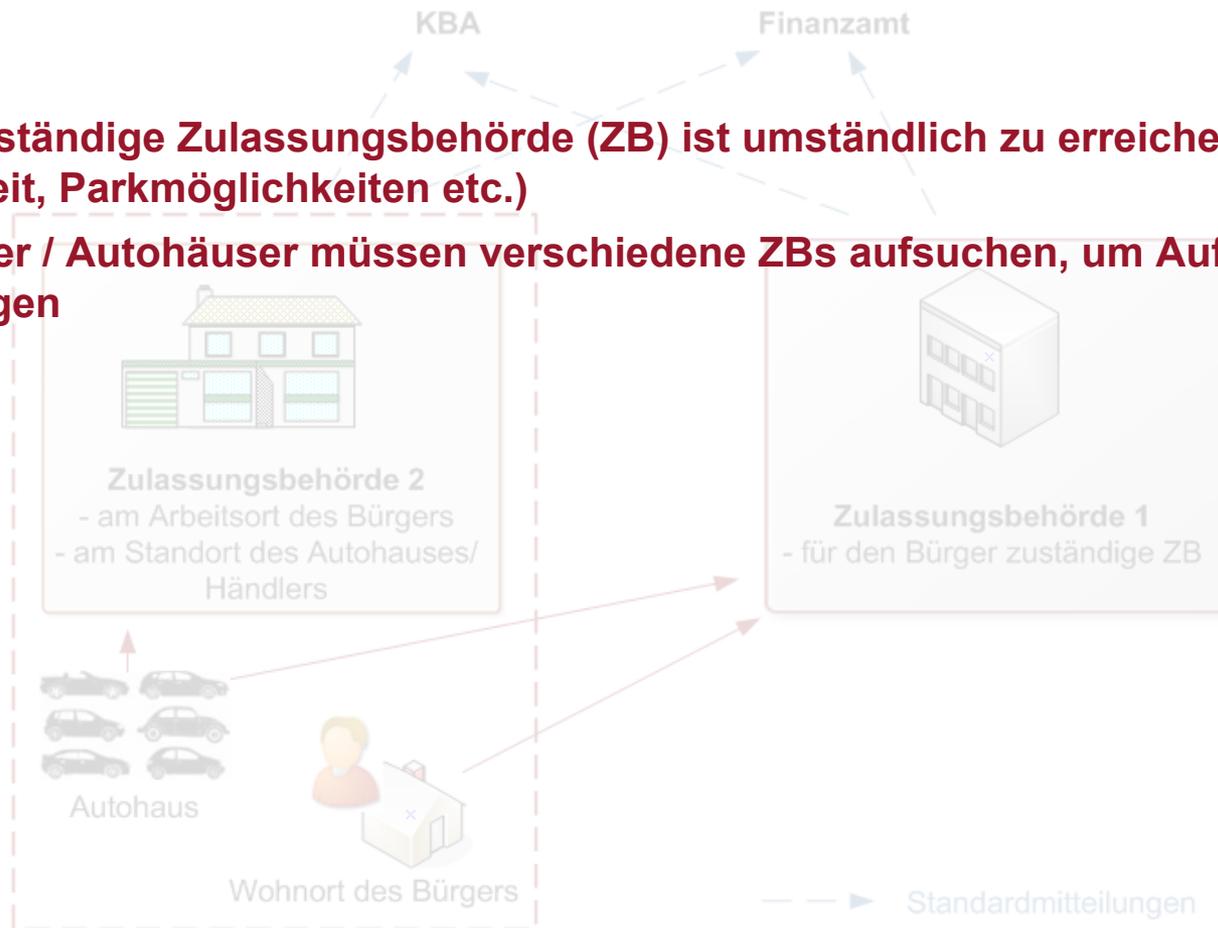
Problem: Der Bürger muss laufen!



Problem: Der Bürger muss laufen!

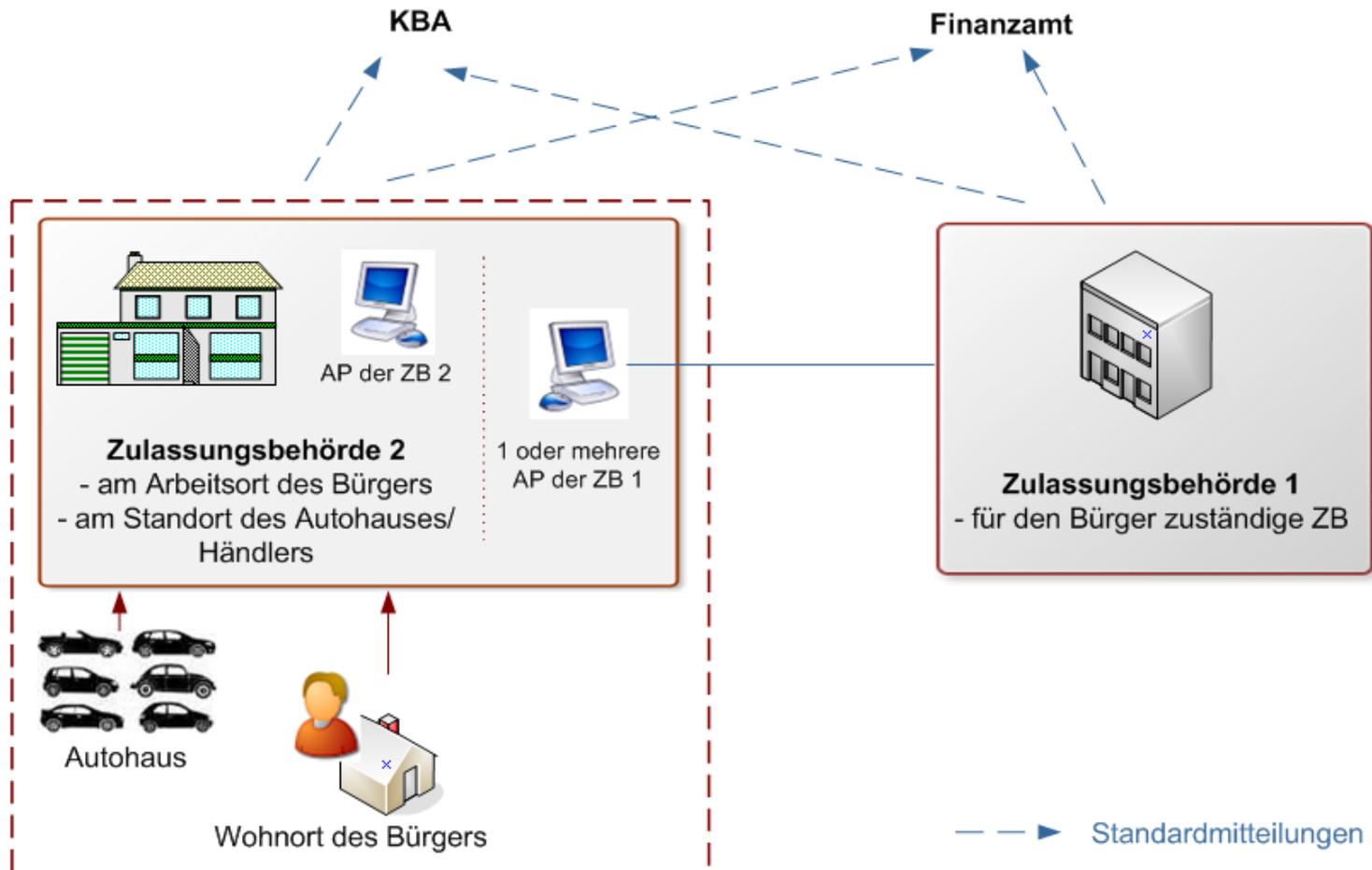


- die zuständige Zulassungsbehörde (ZB) ist umständlich zu erreichen (Lage, Fahrzeit, Parkmöglichkeiten etc.)
- Händler / Autohäuser müssen verschiedene ZBs aufsuchen, um Aufträge zu erledigen



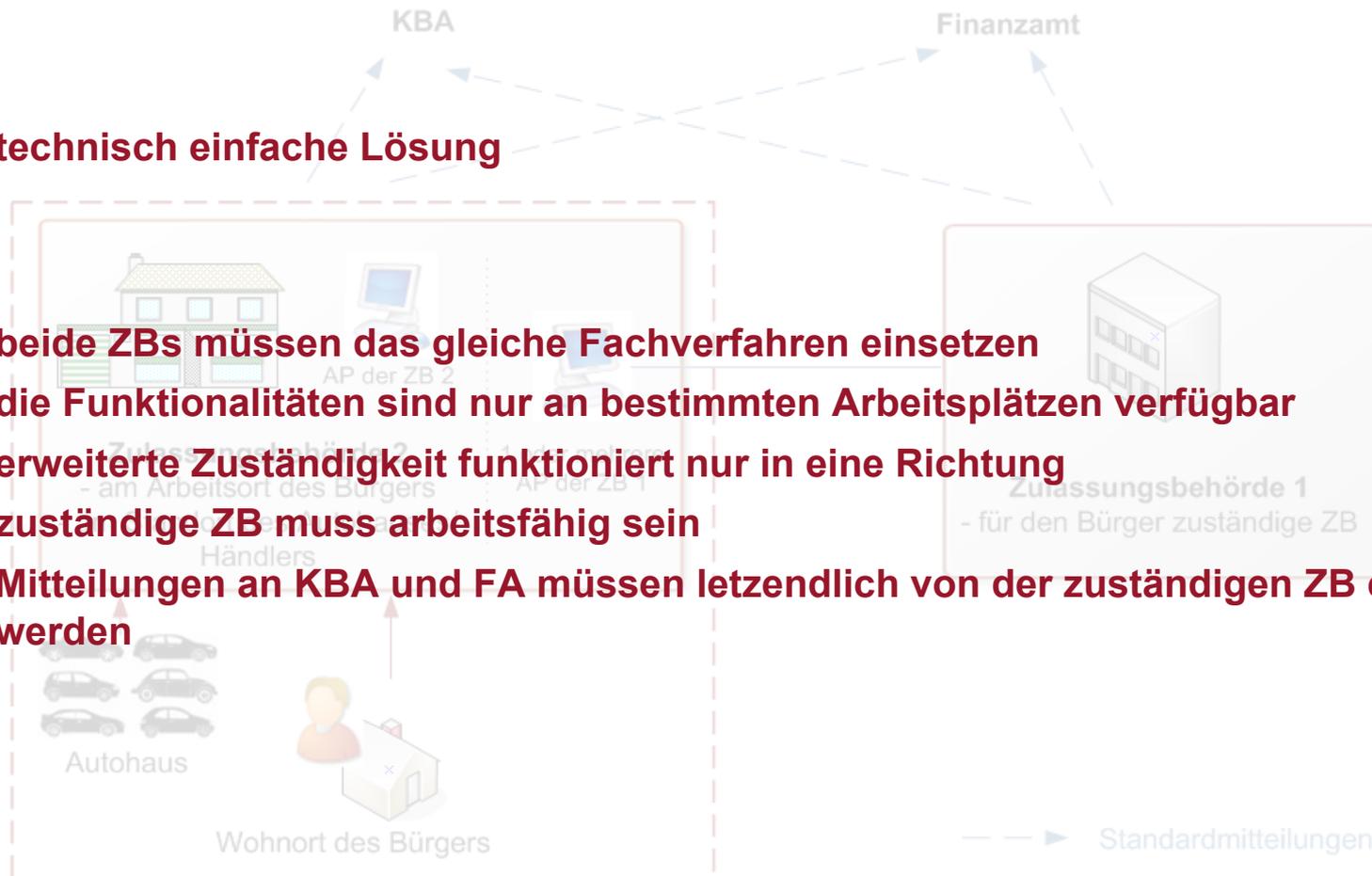
Erweiterte Zuständigkeit

Bisherige Lösung: Ein oder mehrere Arbeitsplätze der zuständigen ZB wurden in der vertretenden ZB installiert.



Erweiterte Zuständigkeit

Bisherige Lösung: Ein oder mehrere Arbeitsplätze der zuständigen ZB wurden in der vertretenden ZB installiert.



- **technisch einfache Lösung**

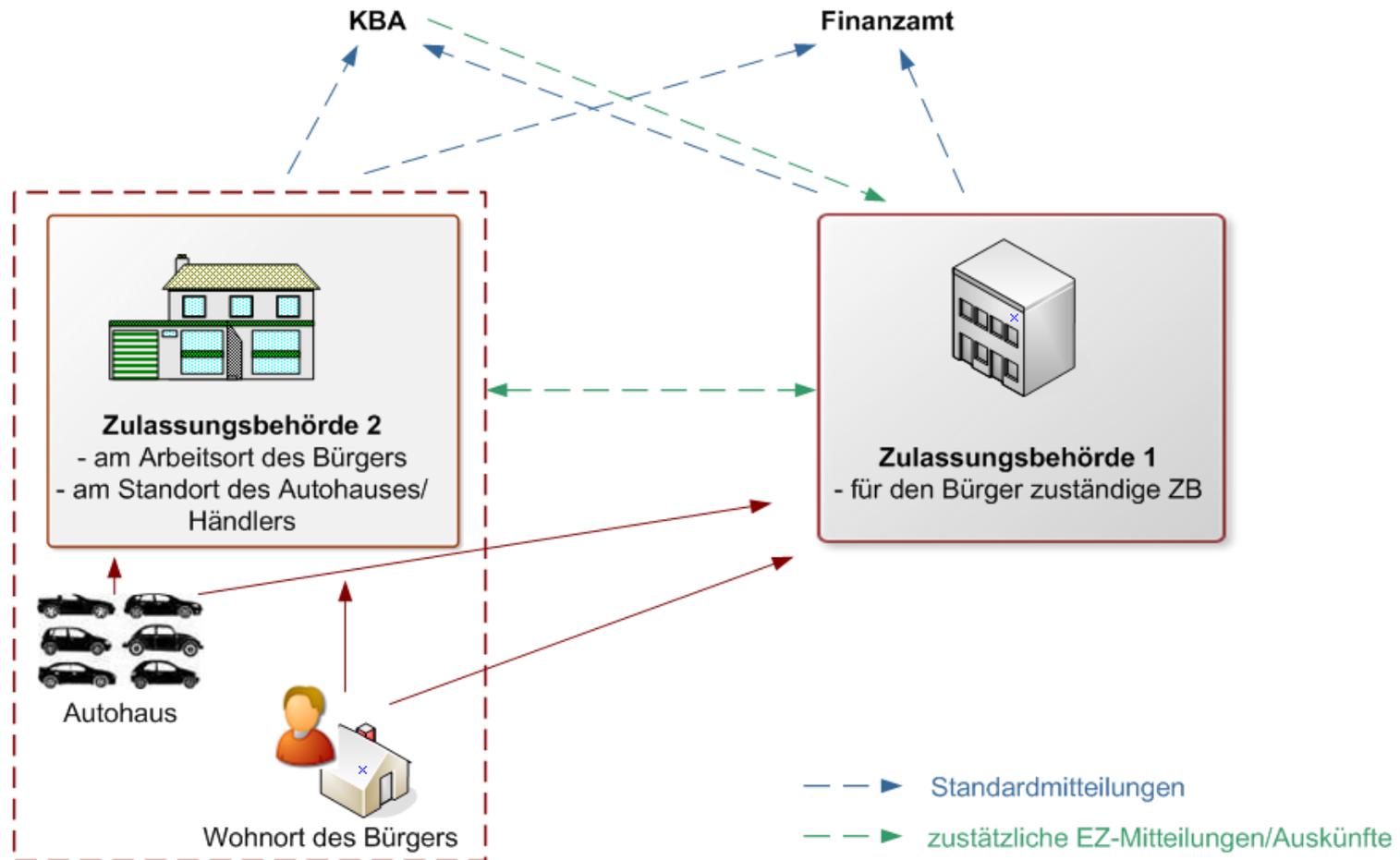


- **beide ZBs müssen das gleiche Fachverfahren einsetzen**
- **die Funktionalitäten sind nur an bestimmten Arbeitsplätzen verfügbar**
- **erweiterte Zuständigkeit funktioniert nur in eine Richtung**
- **zuständige ZB muss arbeitsfähig sein**
- **Mitteilungen an KBA und FA müssen letztendlich von der zuständigen ZB erstellt werden**

Erweiterte Zuständigkeit

Lösung Modul EZ: Die Daten laufen!

IKOL-KFZ wird um das Modul **Erweiterte Zuständigkeit** erweitert.

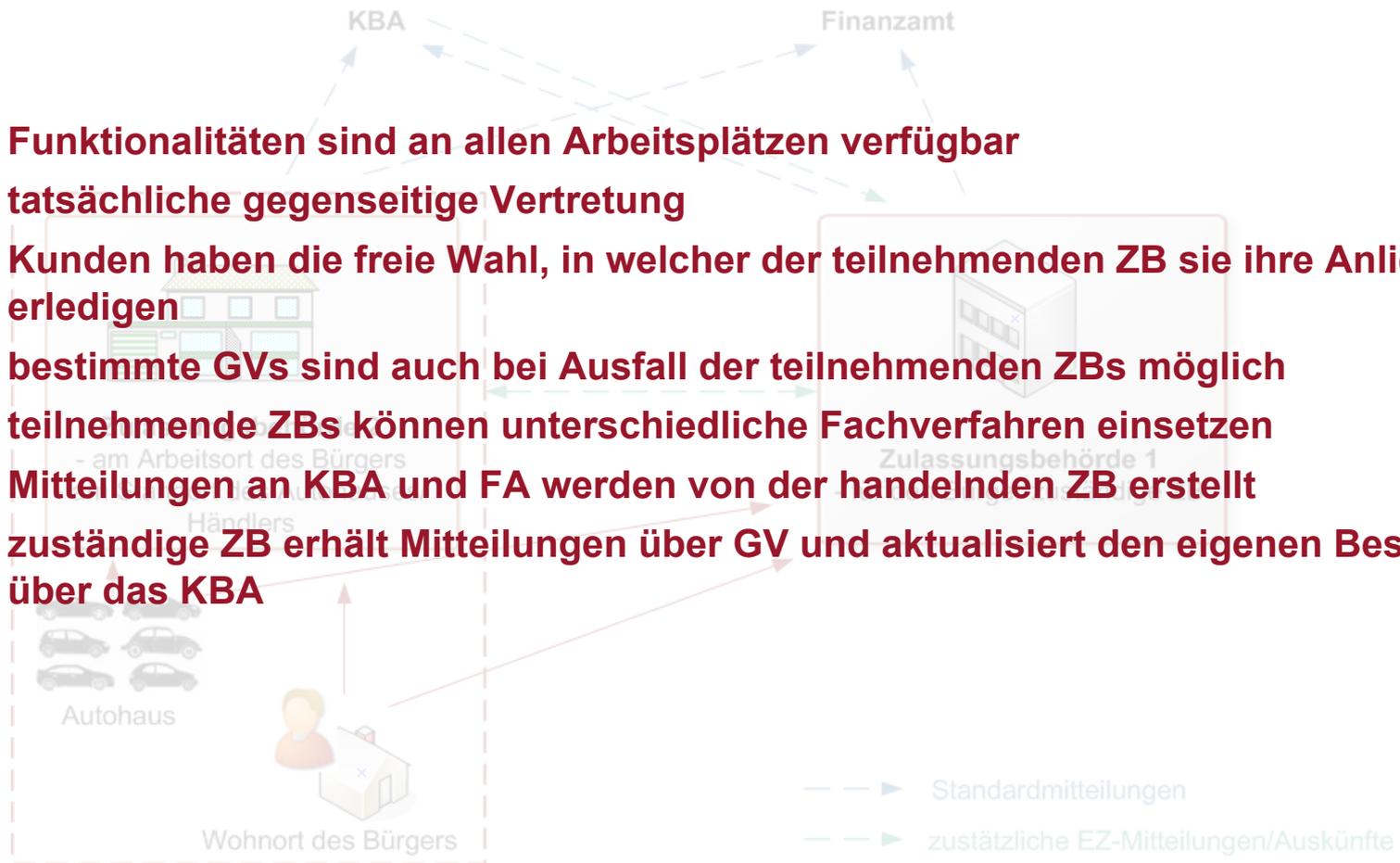


Lösung Modul EZ: Die Daten laufen!

IKOL-KFZ wird um das Modul **Erweiterte Zuständigkeit** erweitert.



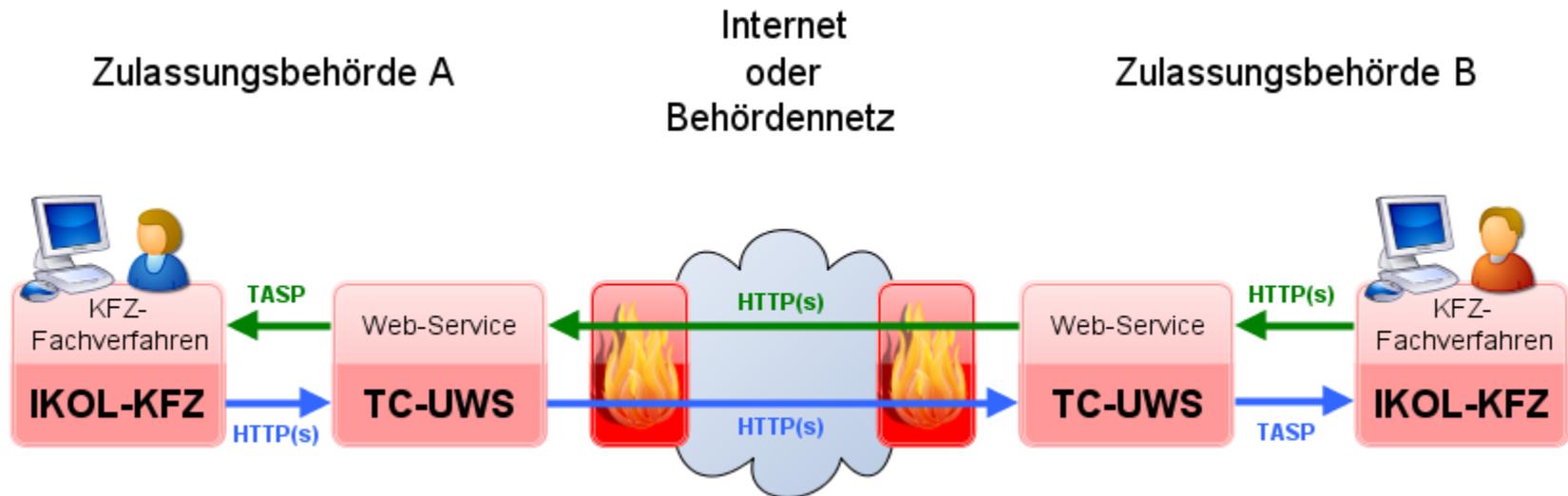
- **Funktionalitäten sind an allen Arbeitsplätzen verfügbar**
- **tatsächliche gegenseitige Vertretung**
- **Kunden haben die freie Wahl, in welcher der teilnehmenden ZB sie ihre Anliegen erledigen**
- **bestimmte GVs sind auch bei Ausfall der teilnehmenden ZBs möglich**
- **teilnehmende ZBs können unterschiedliche Fachverfahren einsetzen**
- **Mitteilungen an KBA und FA werden von der handelnden ZB erstellt**
- **zuständige ZB erhält Mitteilungen über GV und aktualisiert den eigenen Bestand über das KBA**



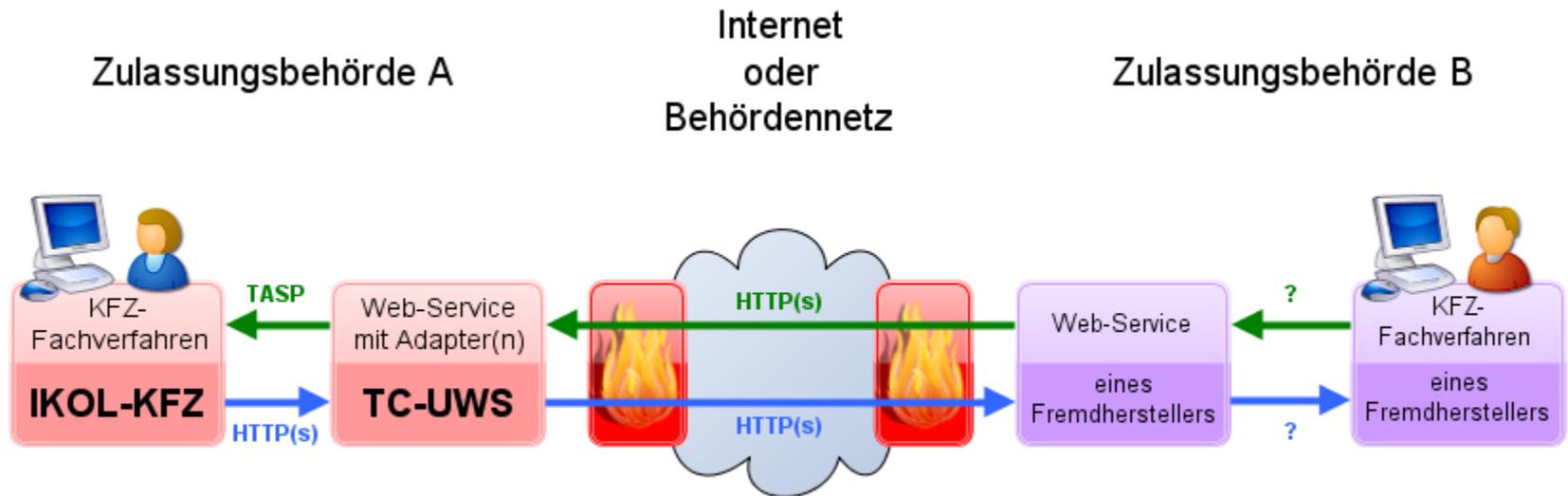
Erweiterte Zuständigkeit

Technische Realisierung:

Erweiterte Zuständigkeit zwischen IKOL-KFZ-Anwendern



Technische Realisierung: Erweiterte Zuständigkeit zwischen IKOL-KFZ und Fremdverfahren



ausgetauschte Daten

zum Geschäftsvorfall:

- **amtliches Kennzeichen (AKZ)**
- **Fahrzeug-Identnummer**
- **Steuerzahlweise**

AKZ-Suche:

- **nächstes freies Kennzeichen**
- **Wunschkennzeichen**
- **reservierte Kennzeichen**
- **Internet-Reservierung**